info links

November 2018

Die Zeitung des Bezirksverbandes Lichtenberg der Partei DIE LINKE

© KLAUS SINGER

Die Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht kam am 9. Oktober auf Einladung von Gesine Lötzsch nach Lichtenberg. Der große Kinosaal im CineMotion war sehr gut gefüllt. Sahra machte deutlich, dass sie in Anbetracht der Wahlsiege der AfD und der Politik der Bundesregierung nicht so weitermachen wolle wie bisher. Eine linke außerparlamentarische Bewegung müsse die linken Parteien zur Zusammenarbeit für mehr soziale Gerechtigkeit zwingen. In der Diskussion wurde deutlich, dass viele Menschen konkret etwas gegen den Rechtsruck und den Neoliberalismus in der Gesellschaft tun wollen.

Wie geht's weiter am Ostkreuz?

Die Planungen zum Entwicklungsgebiet Ostkreuz reichen bis in die neunziger Jahre zurück und die dazugehörigen Diskussionen um das Gebiet entlang der Rummelsburger Bucht mindestens ebenso lange. Stadtentwicklungspolitische Entscheidungen und Bebauungspläne werden zu Recht lange und ausführlich diskutiert.

Und so ist es nicht verwunderlich, dass auch die Planungen am Ostkreuz unter genauer Beobachtung stehen. Schließlich handelt es sich um eine große zusammenhängende Fläche in attraktiver Lage. Der Zuzug in den Bezirk und nach Berlin insgesamt erhöht den Druck auf die Entwicklung der letzten freien Flächen. Denn wo gewohnt wird, müssen auch Schul- und Kitaplätze entstehen. Gleichzeitig sollen grüne Freiflächen erhalten bleiben, denn diese gehören einfach zur Wohnqualität dazu. In diesem Spannungsfeld bewegt sich auch die Diskussion um den B-Plan Ostkreuz, der u. a. die sogenannte Korallenwelt (Coral World) vorsieht, aber eben auch ca. 130 Wohnungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE.

Vor allem die Korallenwelt ist nicht unumstritten, aber Teil der jahrelangen Planung. Eine große Herausforderung bleiben der fehlende Wohnraum und die monatliche Miete, die für immer mehr Berlinerinnen und Berliner zur Belastung wird. Der Senat von Berlin ist also angehalten, für eine auskömmliche Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zu sorgen.

Gleichzeitig zeigte vor allem die Bezirksverordnetenversammlung im Oktober: Bevor vor allem die Schulfrage gerade auch am Ostkreuz nicht geklärt ist, wäre es unverantwortlich, einen B-Plan zu beschließen. Gerade im Lichtenberger Süden, wo auch in den nächsten Jahren viele Wohnungen entstehen werden, hinkt der Schulbau dem Bedarf stark hinterher.

MICHAEL GRUNST / NORMAN WOLF

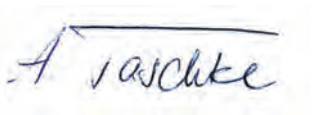
© MAX BIEGLER

Am 9. November 1938, vor 80 Jahren, brannten in ganz Deutschland Synagogen und jüdische Geschäfte. Menschen wurden verhaftet und Läden geplündert. Aufgrund ihrer Religion wurden Menschen ermordet, verfolgt, ins Exil getrieben. Heute erinnern wir auch in Lichtenberg an diesen Tag: mit Stolpersteinrundgängen, Kranzniederlegungen oder Veranstaltungen.

Und gleichzeitig haben wir eine Situation in diesem Land, die mir heute Angst macht, weil sie ähnlich ist: voller Abneigung und Hass gegenüber neuen NachbarInnen mit einer anderen Herkunft und einer anderen Religion. Ohne dass wir uns die Mühe machen, diese neuen Menschen kennenzulernen, um vielleicht festzustellen, dass auch sie gerne lesen, malen oder ebenfalls ins Kino gehen. Sie werden vorverurteilt. Fremdenhass, Antisemitismus, Islamophobie sind damals wie heute Bestandteile unserer Gesellschaft.

Ich finde es wichtig, dagegen Gesicht zu zeigen, auf die Straße zu gehen, an den 9. November 1938 zu erinnern und seine Wiederholung zu verhindern. Egal welche Hautfarbe, welche Stärken und Schwächen, welche Sexualität oder Religion und Herkunft – ich wünsche mir ein tolerantes und solidarisches Miteinander!

ANIKA TASCHKE



Ruine:
Die Bauruine an der Wartenberger soll 2021 verschwinden.

Kuba-Flair:
Ein Blick in die Havanna Bar – Interview mit dem Betreiber Luan Lila.

Sicherheit:
Wovon hängt die Sicherheit unseres Landes ab?

© PHOTO BY MIHÁLY KÖLES ON UNSPLASH

Ortsverbände:
Die frisch gewählten OrtsverbandssprecherInnen werden vorgestellt.

KURZ GEMELDET

GEBIETSKONFLIKTE

376 mal wurde im Internet unter mein Berlin.de der Bebauungsplanentwurf 11 131 Ruschestr./ Josef-Orlopp-Str./Straße 15/ Bornitzstr. aufgerufen. 12 BürgerInnen brachten ihre Gestaltungsvorschläge bis zum Stichtag am 1.8. ein. Auch die nach § 4 des Baugesetzbuches vorgeschriebenen umfangreichen Schritte werden die Interessenkonflikte der dortigen Capricornus Capital Management GmbH und der zahlreichen Unternehmen des Netzwerkes Herzbergstraße mit seinen rund 8.400 Arbeitsplätzen berücksichtigen müssen. Beim jüngsten Konflikt um die alte Fahrbereitschaft in der Herzbergstraße 70 verdeutlicht der dortige Runde Tisch, dass unterschiedliche auch „konkurrierende Nutzungen“ an „großflächigen Standorten kein Problem“ sein müssen.

KITAZUWACHS

In Alt-Lichtenberg sind in den kommenden Jahren weitere zwei Kitas geplant. 185 Mädchen und Jungen sollen ab 2022 auf der brachliegenden Fläche am östlichen Ende der Gudrunstraße hin zum Haupteingang des Zentralfriedhofes ihr fröhliches Treiben entfalten. Der Architekturwettbewerb beginnt noch 2018. Wie eine vom Bezirk beauftragte Machbarkeitsstudie nachwies, können ebenfalls ab 2022 auf dem Grundstück Ruschestr./Ecke Gotlindestr. westlich der Eigenheimsiedlung am Freesienweg 120 Kinder betreut werden. AnwohnerInnen haben den dort 2019 beginnenden Planungen aktive Unterstützung signalisiert.

PFLANZENFISCHKOST

In der Stadtfarm der TopFarmers im Landschaftspark Herzberge beobachten die Gründer Daniel Santos und Tomas Burgos, wie Fische und Pflanzen in einem Kreislauf leben. Nach dem „AquaTerraPonik-Konzept“ werden hier mitten in der Stadt gesunde Lebensmittel produziert, indem Fische Pflanzen fressen, und diese sich wiederum von den Ausscheidungen der Tiere ernähren. Das 2013 per Startup-Crowdfunding gegründete Karlshorster Unternehmen bietet derzeit jährlich 50 t Fisch sowie 30 t verschiedene heimische und tropische Obst- und Gemüsesorten an.

- **Nächster Marktag: 17.11., 10-17 Uhr,** Allee der Kosmonauten 16

JOACHIM PAMPEL

Auferstanden **aus Ruinen?**

Die Bauruine soll 2021 verschwinden. 2 300 Wohnungen sollen hier entstehen.

Seit Jahren blieb das Areal rund um die ehemaligen Vertragsarbeiterheime in Alt-Hohenschönhausen vor allem Objekt von Grundstücksspekulation. Einwohnern des Bezirks erschien das Grundstück zwischen Wartenberger, Haupt- und Wollenberger Straße je nach Temperament entweder als andauernde Chance oder als deprimierende Geisterstadt. Dieser Zustand soll sich nun ändern, denn die Eigentümer HOWOGE und Belle Époque konnten sich mit dem Bezirk im Rahmen eines sogenannten konkurrierenden Werkstattverfahrens auf eine Bebauung einigen.

Gewonnen hat das Büro MLA+, ein ursprünglich Rotterdamer Planungsbüro, das erst im vergangenen Jahr eine Niederlassung in Berlin eröffnet hat. Geplant sind 2 300 Wohnungen, die zu errichtende öffentliche Infrastruktur soll einen Grundschulstandort umfassen und ist derzeit Gegenstand von Verhandlungen. Das Wohnensemble wird zwischen sieben und 20 Geschossen aufweisen. Mehrere innenliegende Plätze und eine lärmresistente Blockrandbebauung könnten für eine Mischung aus Forum und Privatraum sorgen.

Während die HOWOGE 50 Prozent mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraum plant, wird das Unternehmen Belle Époque eine Quote von 30 Prozent erfüllen. Letztere entspricht den Vorgaben des „Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung“, das Bauherren größerer Vorhaben berlinweit einheitliche Vorgaben für eine Baugenehmigung auferlegt.

Das Projekt hat damit im sozialen Wohnungsbau durchaus Potential, doch die Belle Époque ist bei Mietervereinen nicht unumstritten: So erntete sie 2007 für den Abriss zweier Häuser in Schmargendorf Kritik, in denen viele Sozialhilfe-Empfänger und ältere Menschen wohnten. Der Berliner Mieterverein sprach von „rüden Entmietungsmethoden“, die Geschäftsführung der Belle Époque wies den Vorwurf hingegen als haltlos zurück. Seit 2016 machte das Unternehmen durch das öffentlich verbreitete Vorhaben auf sich aufmerksam, als Privatinvestor besonders günstige kleinere Wohnungen bauen zu wollen. Für Hohenschönhausen kommt es bislang aber lediglich als bloße Willensbekundung daher. Wenn der nunmehr notwendige neue vorhabenbezogene Bebauungsplan noch in diesem Jahr beschlossen wird, könnte ab 2021 gebaut werden.

MICHAEL NIEDWOROK

Das ist nicht cool – rechtes Denken unter Jugendlichen

Vor einiger Zeit saß ich in der S-Bahn und mir gegenüber redeten zwei Jugendliche über einen Mitschüler. Der kam anscheinend aus Syrien und die beiden haben sich über ihn lustig gemacht. Wie er gekleidet sei, wie er spreche, und er würde komisch riechen. Ich finde das ziemlich daneben. Als die beiden dann ausgestiegen sind, haben sie wahrscheinlich am nächsten Imbiss erst einmal einen Döner gegessen.

In meiner Schule sprechen wir zum Glück nicht abwertend über Menschen, egal wer sie sind oder wo sie herkommen. Das ist mir wichtig, und trotzdem beobachte ich, wie viele Jugendliche vom Denken her gar nicht mehr tolerant und offen sind. Unterwegs höre ich oft Sätze wie: Die bekommen alles, wir bekommen nichts. Oder: Die müssen nichts tun und bekommen die Wohnung auch noch umsonst und wir müssen auf der Straße leben. Das stimmt nicht!

Gerade in Berlin leben und erleben wir doch, was es heißt, offen und tolerant zu sein. Ohne diese Offenheit wäre Berlin nicht die Stadt, in der wir gerne leben. Für Probleme, wie bezahlbare Wohnungen, können am wenigsten die Menschen, die aus ihrem Land flüchten müssen. Sie fliehen vor Krieg, lassen alles zurück und hoffen auf ein neues Leben. Wie kann ich da auf die Menschen schimpfen und ihnen die Schuld für Dinge geben, die bei uns einfach in den letzten Jahren versäumt worden sind? Gerade Menschen in meinem Alter haben heute so viele Chancen und Möglichkeiten.

Ich glaube, dass die Leute, die sich aufregen, einfach unzufrieden mit ihrem Leben sind. Anstatt etwas zu ändern, suchen sie die Schuld bei denen, die am wenigsten etwas dafür können. Auf die Schwächeren zu zeigen, ist eben immer der bequemere Weg, anstatt selbst etwas zu ändern.

Viele Jugendliche quatschen einfach den Blödsinn nach, den andere von sich geben, das ist nicht cool, das ist einfach nur peinlich. Ich finde es spannend verschiedene Kulturen kennenzulernen und zu erleben, anstatt in einer braune Soße zu rühren und diesen Sumpf durch eine Wahl zu unterstützen. Lieber mal auf andere zugehen und gemeinsam einen Weg suchen. Das hilft nicht nur anderen, sondern erweitert auch den eigenen Horizont.

Freya legte während der diesjährigen Studienreise des Vereins „Zivilcourage vereint“ einen Kranz im ehemaligen KZ-Mauthausen in Österreich nieder.

ELISA SCHULER

Ein Stück Kuba in Karlshorst

Luan Lila (42) betreibt die Havanna Bar in Karlshorst in der Treskowallee 111. Der gebürtige Albaner, Vater einer Tochter, lebt seit 18 Jahren in Deutschland, ganz in der Nähe seiner Bar. 15 Jahre lang ist er schon in der Havanna Bar tätig, die er vor zwei Jahren von Andreas Giebel übernommen und renoviert hat. | Von NORMAN WOLF

Wie würdest du deine Bar beschreiben?
Wir sind ein Familienbetrieb, der nicht nur familiär geführt wird, sondern vor allem Familien anspricht. Hier herrscht eine Atmosphäre, in der man entspannen und Cocktails genießen kann. Unsere Gäste sind durchschnittlich zwischen 30 und 60 Jahre alt.

Ihr seid ja nicht nur eine Bar, sondern auch eure Küche ist sehr beliebt.
Genau genommen sind wir eine Bar und kein Restaurant. Aber es stimmt, unsere Küche wird besser angenommen als so manches Restaurant. Von Tapas bis Steaks haben wir viel Leckeres im Angebot. Einer der Partner von Andreas Giebel war übrigens oft in Kuba und hat darüber geschrieben. Daher auch der Name Havanna Bar.

Wie lange bist du schon als Gastronom tätig?
Nach meiner Ausbildung als Gastronom habe ich schon Bars in Griechenland, Italien und in der Schweiz betrieben. Die Geschäfte liefen dort unbürokratischer. Der Papierkram hier in Deutschland nimmt etwa ein Drittel der ganzen Zeit in Anspruch. Für einen Einwanderer wie mich ist das nicht leicht zu bewältigen, auch nach 18 Jahren in Deutschland nicht.

Wie steht's um die Gastronomie in Berlin?
Es ist schon schwerer geworden. Vor allem Personal zu finden, ist nicht einfach. Mit den gestiegenen Preisen haben auch wir zu kämpfen, vor ein paar Jahren kostete das Fass Berliner Pilsener noch 60 Euro, heute sind es 95 Euro. Und die Stromrechnung will auch bezahlt sein.

Neoliberale haben immer wieder behauptet, der gesetzliche Mindestlohn würde dazu führen, dass MitarbeiterInnen entlassen werden müssen. Wie war das bei Euch?
Ich habe schon immer mehr als Mindestlohn gezahlt. Für 8 Euro pro Stunde findet man doch kein gutes Personal.

In Berlin schießen neue Bars und Restaurants wie Pilze aus dem Boden und die Konkurrenz schläft nicht. Direkt gegenüber hat eine neue Bäckereikette eröffnet. Die Havanna Bar hält sich trotzdem seit 22 Jahren. Was ist das Geheimnis?
Wir sprechen vor allem Familien an, Freunde treffen sich bei uns. Diese Atmosphäre ist in Karlshorst einzigartig. Und auch der Kaffee schmeckt bei uns besser. Die Bäckerangestellten kaufen Ihren Kaffee bei uns. (lacht)

© NORMAN WOLF

Die Havanna Bar ist ein beliebter Treffpunkt in Karlshorst. Seit mehreren Jahren veranstaltet DIE LINKE – in Kooperation mit Luan Lila – hier immer am 30. April den Tanz in den Mai.

Welche Verbindungen hast du sonst zu Lichtenberg und was würdest du hier besser machen wollen?
Ich wohne gleich um die Ecke und wie viele Karlshorster halte ich die Baustelle auf der Treskowallee für eine Katastrophe. Die bringt mindestens 20 Prozent Umsatzeinbußen mit sich. Auch der Wegfall des Regionalbahnhofes hat uns Kundinnen und Kunden gekostet. Unsere Gäste kommen ja nicht nur aus Lichtenberg. TouristInnen finden schwer zu uns. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf.

Hast du dich diesbezüglich auch mit anderen Gastronomen zusammengetan?
Ich habe mit anderen GastronomInnen Kontakte. Aber mir geht es nicht allein um die Gastronomie, ich möchte mit allen Karlhorstern etwas bewegen.

Und das wäre?
Seit zwei bis drei Jahren erzählt man uns, dass sich beim ehemaligen Theater Karlshorst etwas tun soll. Ich würde mir wünschen, dass das ehemalige Theater ein Anziehungspunkt wird, z. B. mit Theaterbühne oder Kino. Ich bin bereit, mich aktiv in die Ideenfindung und Umsetzung der Ideen einzubringen.

Vor kurzem starb der langjährige Inhaber der Havanna Bar Andreas Giebel, ein engagierter Karlshorster, leider viel zu jung. Mit ihm hast Du viele Jahre zusammengearbeitet.
Ja, Andreas war immer selbstständig. Er hat sein Leben für die Havanna Bar gegeben, war nie im Urlaub. Das ist sehr traurig. Er hatte für das Theater viele Ideen und hat sich aktiv um Unterstützung, z. B. bei der russischen Botschaft bemüht. Ich hoffe, dass wir in seinem Sinne das Theater wieder fit machen können.

Wann findet die nächste Veranstaltung bei euch statt?
Am 18. November laden wir um 10 Uhr zum Politischen Frühschoppen ein. Thema ist die Sammlungsbewegung „Aufstehen".

Warum aufstehen? mit Julia Müller, Havanna Bar Karlshorst, Treskowallee 111

Mehr Sicherheit **ist möglich**

Sicherheit bedeutet für CDU/CSU mehr Geheimdienste und mehr Bundeswehr. Ist es nicht verwunderlich, dass obwohl die Geheimdienste mehr Telefone abhören und die Bundeswehr immer mehr Waffen bekommt, viele Menschen das Gefühl haben, dass die Unsicherheit zunimmt? Offensichtlich ist Mehr vom Selben nicht die Lösung. Wenn wir die innere, die äußere und die soziale Sicherheit betrachten, stellen wir schnell fest, dass die soziale Sicherheit der Dreh- und Angelpunkt ist. Durch die Agenda 2010 haben SPD, Grüne und CDU/CSU die soziale Sicherheit für viele Menschen aus den Angeln gehoben. Der Arbeitsmarkt wurde dereguliert und die Sozialsysteme demontiert und destabilisiert. 7 Mio. Menschen arbeiten in unserem Land im Niedriglohnsektor, 1,2 Mio. Menschen reicht der Lohn nicht zum Leben. Sie müssen aufstocken und eine Million Menschen sind als Leiharbeiter tätig. Ganz zu schweigen von den 3,2 Mio. Beschäftigten, die nur befristet angestellt sind. Soviel soziale Unsicherheit im Arbeitsleben gab es noch nie.

Aber auch die Menschen, die einen sicheren Arbeitsplatz haben, fragen sich, warum Personal, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten, Busse, Bahnen und Brücken auf Verschleiß gefahren werden? Ganz einfach, der sozialdemokratische Finanzminister hält an der „schwarzen Null“ fest. Er will keine neuen Schulden machen. Das müsste er auch gar nicht, wenn er Vermögen gerecht besteuern würde. Doch eine gerechte Steuerreform ist für diese Regierung Teufelszeug. Deshalb werden die Investitionen im nächsten Jahr um fast 2 Mrd. Euro gesenkt und dann über Jahre auf einem niedrigen Niveau eingefroren. Aber: Man kann nicht Schulen, Krankenhäuser, Universitäten, Busse, Bahnen und Brücken einfrieren. Die müssen in Ordnung gehalten werden und das erfordert einfach mehr Investitionen. Wer die öffentliche Infrastruktur vernachlässigt, verunsichert die Menschen, die noch Jahrzehnte auf diese Struktur zwingend angewiesen sein werden.

Die Sicherheit unseres Landes ist in erster Linie von ökonomischen Faktoren abhängig. Die Parteien von CDU bis Grüne behandeln unsere Gesellschaft wie einen Konzern. Alles soll sich rechnen. Aber das treibt die Gesellschaft auseinander. Mehr Sicherheit gibt es nur mit mehr Solidarität. Das betrifft die Arbeitslosenversicherung genauso, wie die Rentenversicherung. Das ist alles bezahlbar, wenn wir unser Steuersystem gerecht gestalten würden. Ein erster Schritt wäre eine Vermögenssteuer.

GESINE LÖTZSCH

Gesine Lötzsch bei der Demonstration #unteilbar, bei der 240.000 Menschen gegen Rassismus und Ausgrenzung in Berlin auf die Straße gingen.

4,4

ZAHL DES MONATS

Dieser Tage wird der Bundeshaushalt für das Jahr 2019 verabschiedet. Alles spricht dafür, dass die Große Koalition ihren Entwurf mit wenigen kleinen Änderungen zum Gesetz machen wird.

Über die in Zahlen gegossene Ungerechtigkeit dieses Entwurfs, die im nächsten Jahr eher noch größer als kleiner wird, ist schon viel gesagt worden. Doch selten tritt sie so himmelschreiend deutlich zutage wie in der Zahl 4,4.

Ende August erscheint sie gleich zweimal an prominenter Stelle. Zum einen eben in jenem Haushaltsentwurf der Bundesregierung: Dort beziffert sie mit 4,4 Milliarden Euro den Anstieg im Militäretat, den die Bundesregierung für das Jahr 2019 vorsieht. Zum anderen – beinahe zeitgleich – in einer erschreckenden Nachricht des Kinderschutzbundes: Nach seinen Schätzungen beträgt die Zahl, der in Deutschland von Armut betroffenen Kindern 4,4 Millionen – etwa 1,4 Millionen mehr als bisher angenommen. Die bürokratischen Hürden der Beantragung staatlicher Leistungen seien oftmals so hoch, dass der Präsident des Kinderschutzbundes dahinter sogar eine bewusste Abschreckungsmethode der Behörden vermutet.

DIE LINKE muss sich in den Haushaltsberatungen - von den Grünen bis zur CSU – stets das gleiche neoliberale Mantra anhören: Eure Forderungen sind nicht bezahlbar.

Doch hier kann es jeder mittels einfachster Algebra nachvollziehen:- Für jedes Kind in Armut stünden im nächsten Jahr 1.000 Euro zur Verfügung, würde man auf das weitere Anwachsen des Rüstungsetats verzichten.

TINKO HEMPEL

Syrien

Frau von der Leyen schließt ein militärisches Eingreifen der Bundeswehr in Syrien nicht aus. Grundsätzlich gilt: Ein Einsatz der Bundeswehr jenseits der Bündnis- und Landesverteidigung muss nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 drei Voraussetzungen erfüllen. Erstens muss ihm der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gemäß Kapitel VII der VN-Charta ein Mandat gegeben haben. Zweitens muss er im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit erfolgen, worunter üblicherweise die VN, die Nato und teils auch die EU verstanden werden. Drittens bedarf ein solcher Einsatz der Zustimmung des Deutschen Bundestages. Alle drei Voraussetzungen sind jetzt nicht gegeben.

Schulgeld

Gesine Lötzsch hat die Bundesregierung gefragt, in welchen Gesundheitsfach- und Pflegeberufen noch Schulgeld erhoben wird. Im Pflegeberufsgesetz, im Hebammengesetz und im Notfallsanitätergesetz ist die Schulgeldfreiheit bereits geregelt. In neun anderen Gesundheitsfachberufen, wie z. B. in der Altenpflege, ist noch keine Regelung getroffen worden. Die Schulgeldfreiheit liegt in der Hoheit der Bundesländer. Insbesondere Fragen der Finanzierung sind immer noch ungeklärt. In Anbetracht des dramatischen Mangels an Fachkräften, ist die Abschaffung des Schulgeldes eine wichtige Voraussetzung, um die Attraktivität dieser Berufe zu erhöhen. Bundesregierung und Länder müssen endlich zu greifbaren Ergebnissen kommen.

Solidaritätszuschlag

CDU/CSU und SPD hatten sich in der Koalitionsvereinbarung geeinigt, dass sie keine Vermögenssteuer wollen, obwohl das Vermögen in unserem Land besonders ungerecht verteilt ist. Jetzt wollen FDP, AfD und Teile der CDU sogar Besserverdienende steuerlich entlasten. Von den 18 Mrd. Euro, die der Bund als Solidaritätszuschlag einnimmt, zahlt das reichste Zehntel 62 Prozent, da der Solidaritätszuschlag große Einkommen stärker belastet als kleine. Bei einer Alleinstehenden mit einem Jahreseinkommen unter 14.099 Euro wird der Soli gar nicht erhoben. Die Einsparung bei Abschaffung des Solis wäre für eine vierköpfige Familie eines Finanzbuchhalters gleich null.

KLAUS SINGER

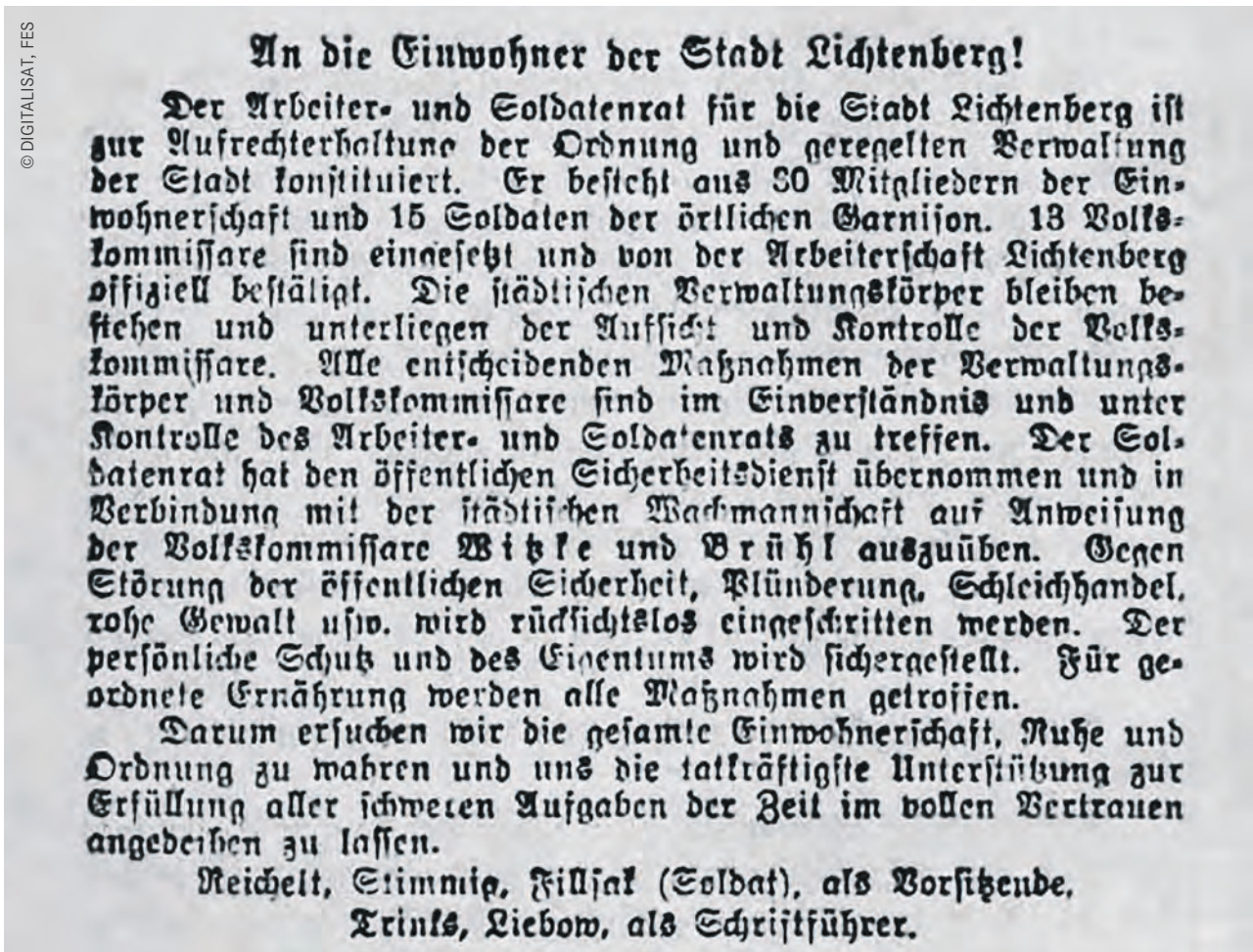
SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Lötzsch: **Mittwoch, 14.11., 17 Uhr** Bitte anmelden unter Telefon 99 27 07 25 oder per E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de

FRAKTIONS-REPORT

Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg **November 2018**



© DIGITALISAT, FES

An die Einwohner der Stadt Lichtenberg!

Der Arbeiter- und Soldatenrat für die Stadt Lichtenberg ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung und geregelten Verwaltung der Stadt konstituiert. Er besteht aus 30 Mitgliedern der Einwohnerschaft und 15 Soldaten der örtlichen Garnison. 13 Volkskommissare sind eingesetzt und von der Arbeiterschaft Lichtenberg offiziell bestätigt. Die städtischen Verwaltungskörper bleiben bestehen und unterliegen der Aufsicht und Kontrolle der Volkskommissare. Alle entscheidenden Maßnahmen der Verwaltungskörper und Volkskommissare sind im Einverständnis und unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats zu treffen. Der Soldatenrat hat den öffentlichen Sicherheitsdienst übernommen und in Verbindung mit der städtischen Wachmannschaft auf Anweisung der Volkskommissare **Witke** und **Brühl** auszuüben. Gegen Störung der öffentlichen Sicherheit, Plünderung, Schleichhandel, rohe Gewalt usw. wird rücksichtslos eingeschritten werden. Der persönliche Schutz und des Eigentums wird sichergestellt. Für geordnete Ernährung werden alle Maßnahmen getroffen.

Darum ersuchen wir die gesamte Einwohnerschaft, Ruhe und Ordnung zu wahren und uns die tatkräftigste Unterstützung zur Erfüllung aller schweren Aufgaben der Zeit im vollen Vertrauen angedeihen zu lassen.

Reichelt, Stimmig, Fillsak (Soldat), als Vorsitzende,
Trinks, Liebow, als Schriftführer.

Mitteilung in der „Freiheit" vom 17. November 1918 über die Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates Lichtenberg.

Volkskommissare in Lichtenberg – vor 100 Jahren bestimmte die Revolution das Geschehen

Am 10. November 1918 versammelten sich Vertreter der Arbeiterschaft, Stadtverordnete und Magistratsbeamte im Rathaus in Berlin-Lichtenberg. Tags zuvor hatte die Welle der Revolution Berlin erreicht. Philipp Scheidemann rief am Reichstag die freie Republik und Karl Liebknecht am Schloss die sozialistische Republik aus. Der Kaiser war abhandengekommen. Lichtenberg war zu diesem Zeitpunkt noch eine eigene Stadt mit ca. 160.000 Einwohnern. Es stand die Frage: Was ist zu tun? Oberbürgermeister Oskar Ziethen, treuer Anhänger der Monarchie, bot seinen Rücktritt an. Er könne unter den neuen Umständen sein Amt nicht mehr weiterführen. Die Anwesenden baten ihn, im Amt zu bleiben. Pflichtbewusst sagte Ziethen zu.

Schon am 13. November fand im Café Bellevue in Rummelsburg die Wahl des Arbeiter- und Soldatenrates statt. Der bestellte zur Kontrolle der städtischen Verwaltung sowie des Polizeiwesens 13 Volkskommissare. Die eingesetzten Volkskommissare kamen aus der Gewerkschaftsbewegung und aus den beiden Arbeiterparteien. Der Einsatz der Volkskommissare sollte bis zur Neuwahl einer Kommunalvertretung auf neuer gesetzlicher Grundlage andauern.

Den Volkskommissaren wurde das Recht zugesprochen, die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zu beanstanden, an den Magistratssitzungen mit beratender Stimme teilzunehmen und die einzelnen Verwaltungszweige zu kontrollieren. Verlautbarungen des Magistrats waren von den Volkskommissaren Otto John und Gustav Tempel gegenzuzeichnen. Otto John folgte 1921 Ziethen für eine Wahlperiode im Amt des Bezirksbürgermeisters. Der Gastwirt Gustav Tempel bekleidete bis 1933 das Amt des Vorstehers der Bezirksverordnetenversammlung.

Den Vorsitz des Arbeiter- und Soldatenrates Lichtenberg teilten sich der Gewerkschaftsangestellte Albin Reichelt von der SPD und Franz Stimming von der USPD mit dem Soldatenvertreter Fillsak. Stimming hatte am 9. November den Demonstrationszug der Knorrbremse in die Berliner Innenstadt angeführt. Er kehrte 1922 zur SPD zurück und wurde stellvertretender Bezirksbürgermeister. Von den Nazis aus dem Amt entfernt, war er 1945 der erste Nachkriegsbürgermeister im Bezirk, wurde aber auf Betreiben der KPD abgelöst.

Zu den ersten Forderungen des Lichtenberger Arbeiter- und Soldatenrates gehörte die Absetzung des bisherigen Polizeipräsidenten Arthur Freiherr von Salmuth. Die Entscheidung darüber wurde verschleppt. Salmuth blieb im Amt und verbreitete im März 1919 die Legende vom angeblichen „Polizistenmord".

JÜRGEN HOFMANN

KOMMENTAR

Rummelsburger Bucht gemeinsam gestalten

heißt eine neu gegründete EinwohnerInneninitiative rund um die Rummelsburger Bucht. Hier versammeln sich Alternative und Konservative, Junge und Alte, Zugezogene und Alteingesessene, Reiche und Arme, Familien mit Kinder und Studierende. Trotz vieler Unterschiede haben sie gemeinsam ein Ziel: die Rummelsburger Bucht demokratisch zu gestalten. Den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplans (B-Plan) XVII-4 „Ostkreuz" lehnen sie ab, wenn auch unterschiedlich und divers begründet. Das Ziel aber eint sie in ihrer Vielfalt. Sie fordern in einem EinwohnerInnenantrag die Bezirksverordneten auf, den B-Plan abzulehnen, wenngleich sie wissen, dass seit 26 Jahren daran gearbeitet wird und er nun kurz vor der Festsetzung steht.

Ausgehend von diesem breiten Bündnis von Menschen, die dort wohnen, arbeiten, ihre Ruhe suchen, zur Schule gehen, Sport treiben oder kulturelle Angebote nutzen, wurde zu einer Großdemonstration aufgerufen, die mit 2.000 Menschen von der Elsenbrücke über das Ostkreuz, die Hauptstraße, vorbei an der Schule der Victoriastadt zur Max-Taut-Aula zog. Sprechchöre „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr keine Schulen baut" oder Plakate mit Aufschriften wie „Schulen & Bäume – statt Touristen & Zäune" oder „Kein Gott, kein Staat, kein Aquapark" begleiteten die Verordneten beim Betreten des von der Polizei bewachten Sitzungsraumes. Der B-Plan selbst aber stand noch nicht auf der Tagesordnung. Offene Fragen zu fehlenden Schul- und Kitaplätzen müssen dringend geklärt werden. Neben diesen aber gilt es auch einen Umgang mit den Protesten zu finden. Aktuell läuft die Unterschriftensammlung zum Einwohnerantrag. Die KritikerInnen planen auch eine Diskussionsveranstaltung. Uns tut es gut, wenn wir den Dialog eingehen und die Anliegen ernst nehmen. Das Ende ist noch offen, wenngleich die Gemengelage schwierig bleibt.

CLAUDIA ENGELMANN

Offensive für Schulbau notwendig

Die Bezirksverordnetenversammlung im Oktober könnte man mit Kita- und Schule überschreiben. Sowohl Kita- als auch Schulentwicklungsplanung (SEP) standen auf der Tagesordnung und zogen eine lange Debatte nach sich. Die SEP hat es in sich. Trotz erheblicher Anstrengungen erfahren wir u. a., dass in den Jahren 2023 und 2024 mit einem Defizit von 2449 Plätzen bei den Grundschulen gerechnet werden muss. Vor allem der Wohnungsneubau lässt den Bedarf stark ansteigen.

Auffällig ist – dort wo besonders viel gebaut wird, gerade im Süden des Bezirks – halten die Schulplätze dem steigenden Bedarf nicht stand. Der geplante Gemeinschaftsschulstandort in der Waldowallee und die geplante Grundschule am Blockdammweg werden voraussichtlich nach gegenwärtigem Stand des Schulentwicklungsplans und noch nicht abgeschlossenen Gesprächen mit der Senatsverwaltung noch mindestens fünf Jahre Zeit bis zur Inbetriebnahme benötigen. Auch der weiter nördlich geplante Oberschulstandort in der Allee der Kosmonauten wird erst 2023 ans Netz gehen. Hier hatte sich DIE LINKE übrigens für eine Gemeinschaftsschule ausgesprochen. Der SEP lässt auch offen, wie ein gemeinsames Konzept mit den benachbarten Bezirken aussehen könnte. Lichtenberg nimmt zurzeit per Saldo knapp 1.000 Schülerinnen und Schüler der Integrierten Sekundarschule hauptsächlich aus den benachbarten Bezirken auf. Zur Sicherung eines hinreichenden Schulplatzangebotes wird es notwendig sein, insbesondere in Zusammenarbeit mit den Bezirken Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg und Marzahn-Hellersdorf ein überbezirkliches Standortkonzept zu entwickeln, das Lichtenberg entlastet. Wie wird dieses Konzept aussehen?

Es ist Zeit, den Schulbau massiv zu beschleunigen. Dies muss in enger Kooperation mit der HOWOGE und der Senatsverwaltung geschehen. Weiterhin streiten wir dafür, dass bei Bauvorhaben ausreichend Kita- und Schulplätze nicht nur mitgedacht, sondern auch mitgeplant werden. Hierzu gehört auch, dass der B-Plan zum Ostkreuz die BVV nicht passieren wird, solange die Schulfrage nicht geklärt ist. Dem Schulbau muss dann auch eine Offensive für mehr Lehrkräfte folgen. Denn die schönste Schule funktioniert nur mit gut ausgebildeten und genügend Lehrerinnen und Lehrern. NORMAN WOLF

Richtfest für das **Reittherapiezentrum**

Mitte Oktober wurde auf der Trabrennbahn Karlshort Richtfest für das Reittherapiezentrum, ein Projekt der Stiftung Rehabilitationszentrum Berlin-Ost, gefeiert. Das nasskalte Wetter konnte den rund 200 Gästen und Pferdesportfreunden nicht allzu viel anhaben. Sie hatten zumindest ein Dach über dem Kopf, denn das Richtfest für das „Inklusive Pferdesport- und Reittherapiezentrum Berlin-Karlshorst“ – so die offizielle Bezeichnung – fand in einer von zwei neuen, noch nicht ganz fertiggestellten Hallen des neuen Zentrums statt.

Der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes für dieses anspruchsvolle Projekt, Helmut Siebert, machte die Gäste mit der Vorgeschichte, den zu überwindenden Hürden und Schwierigkeiten, dem Engagement vieler Beteiligter, zu denen auch Dr. Andreas Prüfer gehört, und den Vorzügen des Karlshorster Standortes bekannt.

In einer kurzen historischen Rückschau wies er auf die „Rolle des Pferdes“ in Kriegs- und Friedenszeiten hin. Die Berliner Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Dilek Kolat und der Lichtenberger Bürgermeister Michael Grunst fanden anerkennende Worte für die anspruchsvollen Ziele dieses Zentrums zur Gesundung und Gesunderhaltung vieler Menschen.

INGEBORG GÖRSDORF

Hier wird künftig Therapie-Reiten angeboten.

Hat Lichtenberg zu Gunsten von Investoren auf mietpreisgebundenen Wohnraum verzichtet?

Kreuzung Rhinstraße / Allee der Kosmonauten – im „Fox Cube“ entstehen nur Eigentumswohnungen.

Das „Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ ist eines der wichtigsten Instrumente für eine soziale Mietenentwicklung. Daher lohnt es sich bei der „sperrigen“ Materie genauer hinzusehen. Grundsätzlich gilt: Beschließen Bauherr und Bezirksamt die Bauplanung gemeinsam voranzutreiben (sog. vorhabenbezogener Bebauungsplan), schließen sie dazu einen städtebaulichen Vertrag, in dem sich der Bauherr u. a. zur Bereitstellung von Kita- und Schulplätzen sowie der Errichtung von mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum verpflichtet. Hierfür stellt der Senat ein verpflichtendes Rahmenwerk zur Verfügung („Berliner Modell“).

Der Rot-Rot-Grüne Senat hatte hier zuletzt Anpassungen vorgenommen und den Bauherren höhere Gegenleistungen abverlangt. Insbesondere wurde die verpflichtende Quote von mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum von 25 % der geplanten Wohneinheiten auf 30 % der geplanten Geschossfläche erhöht. Allerdings galt eine großzügige Übergangsfrist, innerhalb derer noch Verträge nach den alten Quoten abgeschlossen werden durften. Offensichtlich hat gerade das Bezirksamt Lichtenberg unter politischer Verantwortung von Stadträtin Birgit Monteiro (SPD) hiervon rege Gebrauch gemacht.

Kurz vor dem Stichtag wurden noch eilig sechs städtebauliche Verträge mit den schlechteren älteren Quoten abgeschlossen und den Bauherren damit der Bau von insgesamt 150 bis 200 mietpreisgebundenen Wohnungen erlassen. Dies trifft vor allem die immer größer werdende Gruppe derjenigen hart, die in Lichtenberg auf bezahlbaren Wohnungsbau angewiesen sind. Es kann nicht sein, dass überall in Lichtenberg laut über „Nachverdichtung“ und die Bebauung von grünen Innenhöfen nachgedacht wird und hier Investitions- und Renditesicherheit der Investoren vorgeht. ANTONIO LEONHARDT

Mitbestimmung in Hohenschönhausen

© BEZIRKSAMT LICHTENBERG

Die Stadtteildialoge machen Station in Hohenschönhausen.

© BEZIRKSAMT LICHTENBERG

Ein Theaterstück gab den Auftakt für die Stadtteildialoge.

So ging es los

Das Bezirksamt probiert ein neues Format aus, um die Menschen in unserem Bezirk noch mehr einzubeziehen. Auf ganz verschiedenen Ebenen soll genau zugehört werden, was uns bewegt. Gestartet sind diese sogenannten Stadtteildialoge im Sommer in Karlshorst.

Seit 2. Oktober ist Hohenschönhausen an der Reihe. Los ging es mit einem Theaterstück – wegen des sehr stürmischen und regnerischen Wetters vom Prerower Platz verlegt in die Anna-Seghers-Bibliothek. „Auf Empfang“ versuchte Wellen der Vergangenheit und der Gegenwart einzufangen. So spannend die Vergangenheit ist, in der Gegenwart können wir gemeinsam mit allen Menschen im Bezirk an der Politik und Verwaltung etwas ändern. So wurden Probleme alleinerziehender Eltern ebenso angesprochen wie Ängste vor Wohnraumverdichtung und Innenhofbebauung. Anschließend gab es als Highlight auch in Hohenschönhausen eine in farbiges Licht getauchte Hauswand sowie eine Auswahl an Terminen der noch stattfindenden weiteren Aktionen im Rahmen der Stadtteildialoge.

So geht es weiter

Leider nur mit einer einzigen „echten“ Bürgerin, aber dennoch sehr interessant war die Radtour am Samstag, dem 6. Oktober, über die Dörfer Hohenschönhausens.

Mit 12 Leuten starteten wir am Barnim-Gymnasium mit Informationen zur geplanten Bebauung an der Ahrensfelder Chaussee und dem dabei noch nicht gelösten Problem der weiteren Verkehrsverdichtung. Das Dorf Falkenberg bietet einige gute Wohnbaupotenziale, es lohnt sich dort immer mal wieder spazieren zu gehen. Weiter ging es zur Freiwilligen Feuerwehr Wartenberg. Hochachtung, mit welch schlechter Ausstattung an Fahrzeugen dort viele Enthusiasten versuchen, Feuer zu löschen oder Leben zu retten. Auch der Zustand des Gebäudes lässt mehr als zu wünschen übrig.

Als nächstes ging es zur Margaretenhöhe – eine Busanbindung wird seit Jahren gewünscht, es scheint u. a. an einer fehlenden Wendeschleife zu scheitern. Zum Abschluss ging es zum Naturhof Malchow. Auf dem Weg dorthin wurde das Problem des fehlenden Radweges auf dem Wartenberger Weg sehr deutlich. Auf der Straße zu fahren, ist selbst für Erwachsene gefährlich. Der Fußweg ist zu schmal, um es dort zu dulden. Der Naturhof Malchow (früher Natuschutzstation) wünscht sich schon länger eine Hilfe zur Straßenüberquerung in der Dorfmitte – Platz wäre genug.

Die Gulaschsuppe und der naturtrübe Apfelsaft von den Hohenschönhauser Streuobstwiesen am Ziel ließen den Vormittag entspannt ausklingen. Es stehen noch etliche Termine bis Mitte Januar 2019 in Hohenschönhausen an, um mit Politik und Verwaltung unkonventionell und parteiübergreifend ins Gespräch zu kommen. Ich lade alle herzlich dazu sein. Egal ob Lob, Probleme oder einfach nur Neugier – die verschiedenen Formate bieten für alle Generationen unterschiedlichste Möglichkeiten der Beteiligung. KERSTIN ZIMMER

Mit Kind und Kegel

„Mit Kind und Kegel“ – so heißt das neue Familienzentrum, das am 13. Oktober in der Köpenicker Allee in Karlshorst vom Deutschen Roten Kreuz eingeweiht wurde. Ein Teil dieser Einrichtung ist die Kindertagesstätte „Querbeet“. Zu den Gästen der Eröffnungsfeier – viele Eltern mit ihren Kindern – gehörten auch unsere Stadträtin für Jugend, Katrin Framke, und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes. Die Feier war eingebettet in die „Lange Nacht der Familien“. Neben der Besichtigung und der Inbetriebnahme des Familienzentrums, standen Aktionen wie das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sowie die Versteigerung von Bildern, die die Kita-Kinder gemalt hatten, auf der Tagesordnung. Ein reichhaltiges Büfett lud zur Stärkung und zum Gespräch zwischen den Gästen und Gastgebern ein. Natürlich sollen in den nächsten Monaten der Garten und die Umgebung weiter verschönert werden. Vor dem Gebäude muss noch eine Bordsteinabsenkung erfolgen. Dies wird ein Antrag für die nächste BVV sein.

INGEBORG GÖRSDORF

© INGEBORG GÖRSDORF

Die Kita „Querbeet“ ist Teil des neuen Familienzentrums.

Beteiligung stärken – Kinderrechte ins Grundgesetz!

Zur Kinderkonferenz am 20. November übernehmen Kinder für einen Tag das Rathaus.

„Solange du deine Beine unter meinen Tisch stellst …“. So oder ganz ähnlich haben es viele von uns früher von den Eltern gehört oder später selbst zu unseren Kindern gesagt. Sicher, es gibt Regeln für zu Hause, in der Schule oder für das gesellschaftliche Zusammenleben im Allgemeinen. Aufgrund der vielen Regeln gibt es aber auch Rechte, und zwar nicht nur für Erwachsene, sondern ganz speziell auch Rechte für Kinder.

1989 schloss sich die Staatengemeinschaft zusammen und nahm in der UN-Generalversammlung die Kinderrechtskonvention an. Mehr Staaten als bei allen anderen UN-Konventionen haben das Übereinkommen über die Rechte des Kindes seitdem ratifiziert. Zehn Grundrechte für Kinder unter 18 Jahren hat UNICEF definiert. Darunter fallen u. a. das Recht auf einen Namen, das Recht auf Familie, das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung, das Recht auf Gesundheit, auf Bildung, auf Privatsphäre und das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung.

Kürzlich stellte sich mir eine Schülerin vor. Sie sagte: „Unsere Nachbarn dulden keinen Kinderlärm, aber ich darf doch auch mal laut sein.“ Ich habe ihr zugestimmt, denn zu den Kinderrechten gehört auch das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung. Geräusche, die Kinder beim Spielen verursachen, sind im gegebenen Rahmen auszuhalten.

Zu den Rechten von Kindern gehört übrigens auch das Recht, sich zu informieren, sich mitzuteilen und gehört zu werden, mit anderen Worten, das Recht auf Beteiligung. Im Bezirksamt Lichtenberg messen wir der Beteiligung eine hohe Bedeutung bei. Demokratische Teilhabe der Lichtenbergerinnen und Lichtenberger ist ein wichtiges Anliegen. Vom BürgerInnenhaushalt, der auf Initiative unserer damaligen Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich entstand, bis zu unserer Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung wurden viele Strukturen und Instrumente für Jung und Alt geschaffen, die eine hohe Beteiligung ermöglichen sollen.

In diesem Monat stehen dazu wichtige Ereignisse in Lichtenberg an. Am 10. November engagieren sich zunächst Lichtenberger Jugendliche in einer sogenannten Jugend-BVV. Ein paar Tage später, am 20. November – dem Jahrestag der UN-Kinderrechtskonventionen – startet dann die Kinderkonferenz. Hier wird die Vorarbeit, die das ganze Jahr über zum Thema Kinderrechte geleistet wurde, zusammengetragen und künstlerisch-kreativ präsentiert. 80 Kinder von acht verschiedenen Lichtenberger Grundschulen übernehmen das Rathaus für einen Tag, nachdem sie vom Schulstadtrat und mir die Schlüssel überreicht bekommen haben. Ich bin schon gespannt, was die Kinder sich ausgedacht haben. Eines steht fest, am Ende wird die Kinderrechteflagge gehisst.

Stellvertretend für „die Politik“ wird mir zum Abschluss ein Banner übergeben werden, mit dem Auftrag „Kinderrechte ins Grundgesetz“. Dieser Forderung der Kinder schließe ich mich uneingeschränkt an. Auch DIE LINKE fordert seit Jahren, dass Deutschland die Kinderrechte im Grundgesetz festschreibt, doch bisher vergeblich. Obwohl einige Kinder ihre Rechte gut kennen, wissen viele von ihnen leider zu wenig darüber. Ebenso fehlt vielen Erwachsenen das Bewusstsein für Kinderrechte, weshalb Kinder oft nicht gehört werden und ihnen ihre Rechte versagt werden. Das muss sich ändern.

Die Lichtenberger Kinder und Jugendlichen und die vielen Engagierten leisten hervorragende Arbeit, das Thema im Bezirk voranzutreiben. Damit auch auf Bundesebene endlich gehandelt wird und niemand mehr an Kinderrechten vorbeikommt, unterstützen das Bezirksamt und ich die Forderung: „Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!“

KATRIN FRAMKE

WANN UND WO

- **10.11., 12-18 Uhr**
  Jugend-BVV, Rathaus Lichtenberg
- **10.11., 10 Uhr**
  Kiezspaziergang durch das Ostseeviertel mit Michael Grunst, Treffpunkt: Ahrenshooper Str. 5-7
- **12.11., 18 Uhr**
  Festveranstaltung zum Frauenwahlrecht, Ratssaal im Rathaus Lichtenberg
- **15.11., 17 Uhr**
  BVV, Taut-Aula Nöldnerplatz
- **17.11.**
  Fraktionsklausur zu Bauvorhaben im Bezirk

Kulturtipp

Trügerisches Landidyll – Unterleuten von Juli Zeh

Leicht zugänglich, spannend erzählt und dabei die gesellschaftlich-relevanten Probleme fest im Blick, das zeichnet das Werk von Juli Zeh und auch ihren Roman „Unterleuten“ aus. In einem kleinen Brandenburger Dorf sollen Windkraftanlagen errichtet werden. Die Dorfgemeinschaft ist gespalten. Im Konflikt brechen Wunden aus DDR- und Nachwendezeit auf und der tiefe Graben zwischen zugezogenen Berliner Landflüchtigen und alteingesessenen Dörflern.

Das trügerische Brandenburger Landidyll zeigt sich nicht weit entfernt von den Lichtenberger Verhältnissen. Ähnlichkeiten zu real handelnden Personen sind beim windigen, westdeutschen Investor Meiler, dem jungen, smarten Projektentwickler Pilz, dem zugezogenen Vogelschützer Fließ, dem alteingesessenen Original Kron und dem Dorfpaten Gombrowski natürlich rein zufällig.

ANTONIO LEONHARDT

IMPRESSUM

Herausgeber:
DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf

Adresse der Redaktion:
Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de
Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de
Telefon: (030) 90 296 31 20
Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:
30. Oktober 2018

Gestaltung: Uta Tietze
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Auf Ausschussreise in Lissabon

Unsere Linke Delegation vor dem portugiesischen Parlament in Lissabon.

Portugal hat die Krisenjahre endgültig hinter sich gelassen. Die Portugiesen machen sich dennoch Sorgen über die Auswirkungen eines nächsten Crashs.

Zehn Jahre lang war die Eurokrise Thema Nummer eins. Das spürten wir sehr deutlich auf unserer Reise mit dem Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses. Wir sprachen u. a. mit Vertretern aus dem Finanzministerium, des Parlamentes, der Stadtverwaltung und der Gewerkschaften.

Portugal führte zunächst ein rigides Reformprogramm durch, erholte sich vergleichsweise schnell von der Krise und hat heute eine Mitte-Links Regierung, die mit ihrer Anti-Austeritätspolitik erfolgreich ist. Das Wirtschaftswachstum ist zurückgekehrt, die Arbeitslosenquote liegt bei etwa sieben Prozent.

Der Boom ist gleichzeitig Fluch und Segen. Einerseits wurden neue Jobs geschaffen, Investitionen in Immobilien steigen. Andererseits lässt er die Preise rasant nach oben klettern. Mieten – vor allem im Stadtzentrum Lissabons – sind für den Großteil kaum mehr zu bezahlen.

Das Durchschnittseinkommen liegt bei etwa 1.000 Euro im Monat. Zurzeit wird im Parlament die Erhöhung des Mindestlohns auf über 600 Euro im Monat debattiert. Eine Dreiraumwohnung in Lissabon kostet etwa 3.000 Euro Miete im Monat. Der öffentliche Nahverkehr ist unzureichend, das Monatsticket kostet bis zu 140 Euro im Monat, die Stadt erstickt im Stau. Langsam werden Ideen für diese Probleme entwickelt. Zum Beispiel wurde uns ein günstiges Monatsticket angekündigt, maximal 40 Euro und kostenfrei für Schülerinnen und Schüler. Das U-Bahnnetz soll ausgebaut werden, Fahrräder erobern die Straßen. Durch eine Verwaltungsreform wurden noch mehr Aufgaben dezentralisiert, denn die Kommunen sind näher an den Menschen und können so besser Entscheidungen treffen. Die Krise hat in Portugal einiges verändert. Doch ihre Lust auf kulturelle Vielfalt und der Schutz aller Menschen, egal woher sie kommen, ist weiterhin ungebrochen. Das hat mich besonders beeindruckt.

HENDRIKJE KLEIN

ANGESCHOBEN

Verbrechen **dürfen sich nicht lohnen**

An dieser Stelle berichten wir über Projekte, die die Lichtenberger LINKEN in den vergangenen Monaten initiiert und auf den Weg gebracht haben.

Ein großer Ermittlungserfolg von Polizei und Staatsanwaltschaft sorgte kürzlich für Aufsehen: Über 70 Immobilien eines bekannten kriminellen Familien-Clans wurden sichergestellt und sollen nach einem Gerichtsverfahren dauerhaft abgeschöpft werden. Unter Vermögensabschöpfung versteht man den staatlichen Einzug von Vermögensgütern, die durch kriminelles Vorgehen erworben wurden. Allein in diesem Jahr sind in Berlin bisher Werte von 109 Mio. Euro sichergestellt worden. In der Praxis schmerzt der Einzug von Vermögen oder Autos, gerade im Bereich der organisierten Kriminalität, die Betroffenen oft besonders. Der Staat kann wiederum mit diesem Vermögen die Opfer entschädigen und im Übrigen damit etwas für das Gemeinwohl tun. In Italien wurde zum Beispiel eine Villa eines Mafia-Bosses zu einem Polizeirevier umgebaut.

Rot-Rot-Grün hat in Berlin bei der Vermögensabschöpfung einen Schwerpunkt gesetzt. In der Staatsanwaltschaft wurde dafür eine Spezialabteilung aufgebaut und personell verstärkt. Besonderes Augenmerk werden wir jetzt auch auf die Bekämpfung der Immobiliengeldwäsche legen. Der überhitzte Berliner Immobilienmarkt ist gerade auch für Kriminelle interessant, um Geld zu waschen. Diese Immobilien sollen dann aber nicht einfach nur versteigert, sondern im öffentlichen Eigentum belassen werde. Damit könnte wie in Italien etwas für das Gemeinwohl getan werden.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG

Frankfurt am Main: Gerechtigkeitsbrunnen, Detail der Justitia von Nordwesten.

Unterstützung bei Rechtsproblemen

Das Sozialrecht ist eine komplexe Angelegenheit und für viele Betroffene oft nicht nachvollziehbar. Habe ich nun Anspruch auf Wohngeld? Wie ist das mit den Pflegegraden? Und verstehe einer die Bescheide des Jobcenters. Dann ist guter Rat teuer. Oder auch nicht.

Seit gut einem Jahr biete ich im Wahlkreisbüro der Lichtenberger Abgeordneten Hendrikje Klein in der Alfred-Kowalke-Straße 14 in Friedrichsfelde eine kostenlose Rechtsberatung an. Immer am zweiten Montag des Monats, von 16 bis 18 Uhr, unterstütze ich Ratsuchende bei ihren großen und kleinen Rechtsproblemen.

David Fischer bietet Rechtsberatung an.

Manchmal reicht es, einfach nur das Behördendeutsch von Bescheiden in eine verständliche Sprache zu „übersetzen“. Manchmal sind aber auch detailliertere Rechtsprüfungen erforderlich, denn das Sozialgesetzbuch hält zum Beispiel auch für Juristen komplizierte Fragestellungen bereit. Aber das ist kein Problem, dann melde ich mich auch zwischen den Terminen oder vereinbare einen weiteren Termin mit dem Ratsuchenden.

Allerdings muss immer klar sein, dass diese Beratung eine anwaltliche Vertretung nicht ersetzen kann.

DAVID FISCHER

Die nächsten Termine sind:
12. November und 10. Dezember.
Bitte melden Sie sich vorher an unter team@hendrikjeklein.de oder 030-98565362.

Vorgestellt: die frisch gewählten OrtsverbandssprecherInnen

In dieser und in den kommenden Ausgaben werden alle OrtsverbandssprecherInnen der neu gegründeten Ortsverbände vorgestellt. Allen haben wir die Frage gestellt: **Was ist dir im Ortsverband und in seiner Arbeit wichtig?**

OV 2
Neu-Hohenschönhausen Süd

... umfasst das Gebiet Malchow; alle Straßen der Großsiedlung Neu-Hohenschönhausen, die südwestlich von der Fern- und S-Bahntrasse liegen; der Bereich nördlich der Ost-West-Achse Gehrenseestraße, Hauptstraße, Suermondtstraße, einschließlich des Gebiets um die Detlevstraße.

© PRIVAT

Julia Müller: „Mir ist es wichtig, dass jede/r im Ortsverband miteinbezogen wird und wir unsere Arbeit im Ortsverband gemeinsam aktiv gestalten. Das können unsere regelmäßigen Straßenaktionen sein oder die Gestaltung unserer Ortsverbandstreffen. Ich freue mich auf rege Diskussionen und Austausch. Ob über die kommunalen oder globalen Themen. Es gibt für DIE LINKE viel zu tun und ich freue mich, dies mit meinem Ortsverband anzugehen."

julia.mueller@die-linke-lichtenberg.de

© PRIVAT

Robert Schneider: „Für mich gibt es zwei zentrale Anliegen als einer der Sprecher des OV 2: zum einen gemeinsam mit und für die Genossen interessante Veranstaltungen und Aktionen zu planen. Zum anderen möchte ich auch unabhängig von Wahlen weiterhin durch Straßenaktionen – bspw. mittels Infoständen – das Gespräch mit den Bürgern vor Ort suchen."

rschneider1991@web.de

OV 3
Alt-Hohenschönhausen

... umfasst das Gebiet südlich der Ost-West-Achse Gehrenseestraße, Hauptstraße, Suermondtstraße; nördlich der Landsberger Allee und östlich des Weißenseer Weges.

© PRIVAT

Janneh Magdo, Lutz Heilmann: „Als (Co-)Sprecherin des Ortsverbandes Alt-Hohenschönhausen möchte ich die Parteiarbeit vor Ort stärken und weiterentwickeln. Zudem ist es mir wichtig, als Bezirksverordnete die Anliegen aus dem Ortsverband und dem Kiez in die BVV zu tragen und dort mit entsprechenden Initiativen aktiv zu werden." JANNEH MAGDO

janneh.magdo@die-linke-lichtenberg.de

OV 4
Fennpfuhl

...umfasst das Gebiet südlich der Landsberger Allee und westlich der Bezirksgrenze, einschließlich des Gebiets zwischen Hohenschönhauser Straße und Weißenseer Weg, östliche Grenze ist die Siegfriedstraße, südliche Grenze ist der Verlauf Josef-Orlopp Straße/Storkower Straße.

Ronald Busch: „Den OV in seiner Vielfalt zusammenhalten, ein Stück Volkssolidarität leben und organisieren, interessante außerparteiliche Angebote organisieren, möglichst breite

© PRIVAT

Kreise im Wohngebiet aufwecken für Politik, Wohngebietsthemen aufgreifen und politisch für die Linken aktualisieren, „Aufstehen" unterstützen – auch wenn der Ausgang noch offen ist – viel für Kinder organisieren (über 20 Jahre Kinderfeste in der KGA), selbst ein toller Opa sein."

friedrich48@gmx.net, Tel.: 0177-2602833

OV 7
Weitlingkiez / Kaskelkiez / Rummelsburger Bucht

... umfasst das Gebiet westlich begrenzt durch die Bezirksgrenze; nördlich durch die S-Bahn-Linie, östliche Begrenzung durch die Lincolnstraße zwischen Einbecker- und Rummelsburger Straße; südlich begrenzt durch die Bezirksgrenze.

© PRIVAT

Anika Taschke, Dagmar Müller, Hans Pagel: „Ich möchte gerne gemeinsam mit den GenossInnen diskutieren und einen aktiven Austausch über aktuelle Geschehnisse führen – aber auch an Demonstrationen teilnehmen, ggf. eigene organisieren und im Ortsverband sichtbar sein. Ich möchte, dass wir alle Spaß an der Parteiarbeit haben und füreinander da sind. Der Wahlkampf zur Wahl des Europäischen Parlamentes wird die erste große Aufgabe. Ich freue mich darauf." ANIKA TASCHKE

anika.taschke@outlook.de

OV 8
Friedrichsfelde Nord

... umfasst das Gebiet nördlich begrenzt durch die S Bahn-Linie einschließlich der Wohngebiete Rosenfelder Ring und Gensinger Viertel, östlich begrenzt durch den Tierpark, südlich begrenzt durch die Erich-Kurz-Straße, sowie den Kraatz Tränke-Grabens und die Sewanstraße (zwischen Michiganseestraße und Marie-Curie-Allee), westlich begrenzt durch die Lincolnstraße zwischen Einbecker und Rummelsburger Straße.

© PRIVAT

Antonio Leonhardt, Anne Koch, Marco Wieczorek, Sören Schleicher: „Der Ortsverband Friedrichsfelde Süd ist mit ca. 180 GenossInnen einer der größten innerhalb der LINKEN. Lichtenberg. Unsere Partei und die Bevölkerung im Wohngebiet haben sich in den letzten Jahren verändert. Hierauf wollen wir mit neuen Veranstaltungsformaten in der bewährten Kultschule reagieren und auch regelmäßig durch Verteilaktionen auf der Straße präsent sein. Die hervorragenden Zustimmungswerte für unsere Partei sind schon lange kein Selbstläufer mehr und müssen täglich neu erarbeitet werden."

ANTONIO LEONHARDT

antonio.leonhardt@die-linke-lichtenberg.de

100 Jahre Frauenwahlrecht – Wir packen die nächsten Brocken an

Der Weg zur wirklichen Gleichstellung ist steinig. Vor uns liegen nun die großen zähen Brocken der strukturellen Benachteiligungen, denen Frauen nach wie vor ausgesetzt sind. Einer davon: verkrustete Verhältnisse in der Wirtschaft und Ungleichheit bei den Löhnen.

Im Jahr 2017 betrug die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern immer noch 21 Prozent. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen. Zum einen die Undurchsichtigkeit bei den Gehältern in der Wirtschaft. Niemand weiß, was der Kollege oder die Kollegin am Tisch gegenüber verdient. Das aktuelle Entgelttransparenzgesetz ist ein zahnloser Tiger, der obendrein aus Papier ist, bürokratisch und von kaum jemandem genutzt. Hier sei Island zur Nachahmung empfohlen: Transparenznachweispflicht für alle Unternehmen ab 25 MitarbeiterInnen und wirksame Sanktionen.

© PIXABAY/ANDREY MARTIN

Gehört endlich geschlossen: der Gender Pay Gap.

Ein weiterer Grund: Immer noch arbeiten zu wenig Frauen in Führungspositionen. In den Vorständen der 200 größten deutschen Unternehmen waren 2017 gerade mal rund acht Prozent der Mitglieder weiblich.

Auf der anderen Seite gilt anscheinend: Je höher der Frauenanteil in einem Beruf, desto schlechter die Bezahlung. Gesundheit und Soziales, Reinigung, Einzelhandel – teilweise richtige Hungerlöhne. Hier brauchen wir einen höheren Mindestlohn, damit auch die Altenpflegerin von ihrem Knochenjob vernünftig leben kann.

Schließlich: die Teilzeitfalle. Fast jede zweite Frau arbeitet nur in Teilzeit. Rund ein Drittel, weil sie ihre Kinder erziehen, Angehörige pflegen oder auch einfach Hausarbeit übernehmen. Wir müssen endlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten: durch bedarfsgerechte kostenlose Kinderbetreuung und umfassende gesetzliche Pflegeversicherung.

Nach langen und harten Kämpfen wurde im November 1918 mit dem Frauenwahlrecht eine der Kernforderungen der Frauenbewegung erfüllt. Seitdem sind viele weitere Verbesserungen erreicht worden, aber manche Ziele warten immer noch auf Erfüllung. Und genau deshalb sind sie auch heute noch brandaktuell und verlangen nach beherztem Engagement. INES SCHMIDT

Der Bürgerhaushalt ist mir wichtig
Hendrikje Klein

Wer oder was gab für dich den Ausschlag, dich in der LINKEN zu engagieren?
Als echte Berliner Pflanze bin ich in Marzahn groß geworden. 1994 ging ich zu meiner ersten Demonstration gegen Rassismus. DIE LINKE (damals PDS) war hierzu immer sichtbar und hat sogar Konzerte wie „Rock für Links“ veranstaltet.

Wie schaffst du es, deine Abgeordnetentätigkeit, die Arbeit im Wahlkreis und Familie unter einen Hut zu bekommen?
Ich habe eben ein tolles Team um mich herum. Und ich musste lernen, auch mal „Nein“ zu sagen. Alle Termine kann ich nicht wahrnehmen. Das verstehen leider nicht alle in unserer Partei, in Sachen Familienfreundlichkeit gibt es noch viel zu tun. Zum Beispiel eine Hauptversammlung an einem Sonntag ist für meine Familie mehr als unverständlich.

Mit deinem Namen verbindet sich das Thema Bürgerhaushalt. Warum ist dir das so wichtig?
Der Neoliberalismus wütet und zerstört unsere Demokratie. Kein Wunder, dass die Menschen sich stärker einmischen wollen. Der Bürgerhaushalt bietet hierfür ein Verfahren, wie die Berlinerinnen und Berliner sich beim Ausgeben der öffentlichen Gelder beteiligen können. Denn wer das Geld hat, hat die Macht.

Du hast vor allem junge Mitarbeiterinnen, was würdest du ihnen sagen, wenn sie nach einer politischen Orientierung suchen?
Meine Mitarbeiterinnen haben bereits eine politische Orientierung. Jungen Menschen sage ich: Informiert Euch, beteiligt Euch, es ist einfacher als Ihr denkt!

© PRIVAT

Hendrikje Klein

MIT RAT & TAT

TERMINE

- **9.11., 17 Uhr**
  Stolperstein-Gedenkrundgang durch Hohenschönh., Treffpunkt: Konrad-Wolf-Str. 91-92, LiA
- **12.11., 18.30 Uhr**
  100 Jahre Frauenwahlrecht: Festveranstaltung im Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **12.11., 19 Uhr**
  Sitzung des Bezirksvorstandes in der GS, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **14.11., 18.30 Uhr**
  LiA Treffen in der GS Alfred-Kowalke-Straße 14
- **15.11., 18 Uhr**
  Wie der Wein Karl Marx zum Kommunisten machte. Jens Baumeister aus Trier erzählt, Werksküche Storkower Straße 207
- **19.11., 19-21 Uhr**
  Parlament als Hobby oder Beruf? Diskussion mit S. Schlüsselburg im JFE Steinhaus, Schulze-Boysen-Straße 10
- **20.11., 17 Uhr**
  „Amur – Asiens Amazonas“, Aufregende Naturaufnahmen des Flusssystems, Bürgerstübchen Anton -Saefkow-Platz 4
- **1.12., 10-19 Uhr**
  1. Tagung, 6. Hauptversammlung des Bezirksverbandes der LINKEN. Lichtenberg, ABACUS Tierpark Hotel, Franz-Mett-Str. 3-9

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdA, WK 1**
  Fon 030 960 631 28
  21.11., 16 Uhr, Bürgersprechstunde, Jugendkunstschule Demminer Straße 4
- **Marion Platta, MdA, WK 3**
  Fon: 030 285 084 07
  21.11., 17-19 Uhr Bürgersprechstunde, „Suppe & Stulle“, Konrad-Wolf-Straße 74
- **Sebastian Schlüsselburg, MdA, WK 4**
  Fon: 030 28506524
  19.11., 17-18 Uhr, Wahlkreissprechstunde, Casa del Popolo Buggenhagenstraße 19
- **Hendrikje Klein, MdA, WK 5**
  Fon 030 23252560
  26.11., 17.30-18.30 Uhr, Bürgersprechstunde, A.-Kowalke-Str. 14

Für jeden etwas im Kulturhaus Karlshorst

Vielseitiger könnte der Veranstaltungsplan im Kulturhaus Karlshorst wohl kaum sein. Direkt am S-Bahnhof Karlshorst gelegen, lohnt sich ein Besuch hier immer – auch wenn derzeit eine Baustelle vor der Tür den Zugang etwas unübersichtlich erscheinen lässt. Es ist gar nicht so einfach, etwas hervorzuheben, was man besonders empfehlen möchte. Das musikalische Angebot allein hält schon für fast jeden Geschmack etwas bereit – von der Carlshorster Musikbühne, die einen russischen Abend bietet, über einen JazzTreff bis hin zu Studiokonzerten, einem unterhaltsamen vorweihnachtlichen Konzert und sogar einer Tangonacht mit Livemusik.

Alle Altersgruppen bekommen etwas geboten. Für Kinder und Jugendliche gibt es ein Programm, um Musikinstrumente kennenzulernen, zum Zuhören und selbst Ausprobieren. Die Schostakowitsch-Musikschule veranstaltet im Kulturhaus ihr traditionelles Rockspektakel. Auch die PreisträgerInnen des Wettbewerbs „Jugend musiziert“ finden den Weg nach Karlshorst und stellen sich in einem Konzert vor. Aber das ist längst nicht alles. Dort laufen Filmabende, Vorträge, z. B. zur Geschichte von Karlshorst, Theaterabende mit Märchendarbietungen – nicht nur für Kinder, es gibt die Literaturschmiede, wo man das Handwerk des Schreibens erlernen kann, den Krimimarathon und so vieles andere mehr. Die Ausstellung im Erdgeschoss zu Portugal – über Land und Leute – läuft noch bis Jahresende. Auch Prominente wie Andreas Schmidt Schaller stellen sich dem interessierten Publikum. Schauen Sie doch einfach mal ins Programm – bestimmt finden Sie Gefallen an der einen oder anderen Veranstaltung. Ich wünsche Ihnen viel Spaß und gute Unterhaltung im Kulturhaus Karlshorst!

ANDREA SCHACHT

Der alljährliche „Lichtenberger Chorsommer“ findet im Kulturhaus statt und wird gern besucht.

Fotorätsel

Wohin führt der Weg?

Die fünf Gewinner, die von den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2018 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u. a. ein Gespräch mit Gesine Lötzsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums.

Einsendeschluss ist der 27. November 2018. Bitte Antworten an gesine.loetzsch@bundestag.de oder per Post: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Lötzsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Die Lösung des Oktoberrätsels: Die Brücke am Bahnhof Karlshorst. Vielen Dank für die vielen richtigen Lösungen. Die GewinnerInnen werden angeschrieben.

Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14 hat wie folgt geöffnet:

- dienstags 12 -17 Uhr
- mittwochs 13 -17 Uhr
- donnerstags 12 -17 Uhr
- freitags 12 -17 Uhr

Termine außerhalb der Öffnungszeiten gerne nach Absprache.

Geschäftsstellenleiter: Hartmut Zick
- **Telefon: 030/512 20 47**
- info@die-linke-lichtenberg.de
- hartmut.zick@dielinke.berlin

„info links“ wird herausgegeben von:
DIE LINKE, Landesvorstand Berlin
Redaktionsadresse:
Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Fon: (030) 512 20 47
Fax: (030) 516 592 42
Mail: info@die-linke-lichtenberg.de
Web: www.die-linke-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Gesine Lötzsch

Redaktionsschluss:
Ausgabe November: 30. Oktober 2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 6. Dezember 2018

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Gestaltung: Uta Tietze

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:
DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg
IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803
BIC: DE UT DE DB 110
Bitte immer Verwendungszweck angeben:
810-503, info links, Ihr Name, Vorname

BÜRGERDIALOG

- **Dienstag, 27.11., 17-20 Uhr**
  Standortkonferenz Welsekiez und Neu-Wartenberg, Diskussion der Rahmenplanung für die Großsiedlung Hohenschönhausen-Nord, F.-Reuter-OS, Prendener Str. 29

KIEZ/FAMILIEN

- **Sonnabend, 1.12., 14-18 Uhr**
  Adventsmarkt mit Kleinkunstgewerbe, Spielstraße für die kleinen Besucher, Woldegker Str.

KONZERT

- **Dienstag, 20.11., 20 Uhr**
  Weihnachtskonzert McKinley-Black, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, 9 €, erm. 3 €
- **Donnerstag, 29.11., 19 Uhr**
  Adventskonzert Ensemble ACAPENSE, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 18 €

THEATER

- **Sonntag, 18.11., 10 (Premiere) + 16 Uhr (Familienpremiere)**
  „Der Nussknacker“, nach Alexandre Dumas, Theater an der Parkaue, Parkaue 29, Karten 13, 9, 7 €

LESUNG/GESPRÄCH

- **Sonntag, 11.11., 15 Uhr**
  Erzählsalon: Ankommen als Fremde im fremden Land, Studio im Hochhaus, Zingster Str. 25
- **Freitag, 23.11., 19 Uhr**
  „Gerhard Gundermann“, mit Andreas Leusink und Drehbuchautorin Laila Stieler, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112 Karten: 4 €, ermäßigt 3 €
- **Montag, 12.11., 10 Uhr**
  Gold macht mächtig, aber auch glücklich? Berliner Märchentage für Kinder zwischen 6 und 10, Egon-Erwin Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149

GESUNDHEIT

- **Mittwoch, 28.11., 17-19 Uhr**
  Politik trifft Irrsinn, Reihe „Lichtenberger Trialoge – Gespräche über psychische Erkrankungen und seelische Gesundheit“, Rh. Lichtenberg, Möllendorfstr. 6

SENIOREN

- **Donnerstag, 15.11., 16 Uhr**
  Wiener Abend mit dem Duo Wiener Blut, Seniorenzentrum „Haus am Loeperplatz“, Möllendorffstraße 29